Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 45 (1951)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : auf abschüssiger Bahn ; Hintergründe und Folgen ; "Zuerst Europa!" ; Wie die Freiheit verteidigt wird ; Blick nach Asien

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139514

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Und vor solchem Gericht» – mit dieser Bußmahnung schließt der tapfere holländische Prädikant sein aufrüttelndes Buch – «werden wir uns dann zu allererst beugen lernen müssen. Das wird hart sein. Aber verdient. Soweit ist es freilich noch nicht. Jesus Christus spricht, zu allererst zu der Kirche: Wenn du doch jetzt zu dieser deiner Zeit erkennen möchtest, was zu deinem Frieden dient!» *Hugo Kramer.*

WELTRUNDSCHAU[1]

Auf abschüssiger Bahn Wird der schon nicht mehr bloß kalte, sondern bereits lauwarme Krieg zwischen West und Ost bald vollends in den «heißen» Krieg übergehen? Der Ausgang der «Großen Debatte», die nun schon seit mehr als zwei Monaten um die *Fernostpolitik und -strategie* der Vereinigten Staaten geführt wird, mag früher oder später die Antwort auf unsere Frage bringen. Aber noch immer ist kein Ende dieser Auseinandersetzung abzusehen, die ja alles andere, nur keine *echte*, das heißt um die Erforschung des Wahren und Richtigen gehende Diskussion ist, sondern nur ein wüstes Durcheinander von Geld- und Machtinteressen, Parteileidenschaften und persönlichen Ehrgeizeleien. Ja, wenn es auf MacArthur ankäme, dann wäre natürlich der immer grotesker anmutende Kampf schon lange entschieden. Aber die scheinbare Logik und Durchschlagskraft seiner These, daß man nur alle «opportunistischen» Rücksichten schwachmütiger Politiker fallen lassen und den *Krieg gegen Rotchina* frisch-fröhlich wagen müsse, um dem Weltkommunismus einen tödlichen Schlag zu versetzen – die Logik dieser These, die weiteste Schichten des amerikanischen Volkes in einen eigentlich magischen Bann gezogen hat, ist eben doch nur die Logik des hemmungs- und verantwortungslosen Abenteurers, der sich wieder einmal als den «Mann des Schicksals» fühlt und endlich vollbringen zu können glaubt, was einem Hitler, einem Mussolini, einem Hirohito versagt blieb. Und es wird schon so sein, daß ein gewisses Maß von Einsicht in den Charakter und die Rolle MacArthurs die verantwortlichen Staats- und Militärführer Amerikas bisher davon abgehalten hat, den scheinbar endlos hin- und herwogenden Koreakrieg durch den Versuch zu einem umfassenden Angriff auf China zu entscheiden – abgesehen von der parteipolitischen Berechnung der regierenden Demokraten, daß ihre republikanischen Gegner bei den Präsi-

[1] Aus äußeren Gründen muß für einmal die Weltrundschau sehr verkürzt erscheinen. Der Verfasser bittet um Nachsicht.

dentschaftswahlen des nächsten Jahres am sichersten zu schlagen seien, wenn man ihrem «großen Mann» schon heuer eine eindeutige Niederlage bereite.

Diese Spekulation mag soweit ganz richtig sein – nur sind gerade die Leute um Truman und Marshall herum, wie schon in der letzten Weltrundschau vermerkt werden mußte, aufs eifrigste bemüht, ihrem persönlichen Gegner MacArthur einen sachlichen *Erfolg* zu verschaffen, der auf die Länge auch seinen republikanischen Freunden und Gönnern zugute kommen muß. Außenminister Achesons rechte Hand in Fernostfragen, Unterstaatssekretär Dean Rusk, hat – vielleicht etwas vorschnell – bereits die neue Politik der Vereinigten Staaten gegenüber China in einer sorgsam formulierten öffentlichen Erklärung so eindeutig umschrieben, daß man auch beim besten Willen nur den Schluß daraus ziehen kann, den die Londoner «Times» zog: der Krieg in Korea müsse fortgesetzt werden, bis die Regierung von Peking – diese «russische Kolonialregierung» – gestürzt sei und den von Tchiang Kai-Shek geführten Kräften des «freien» China Platz gemacht habe. Das gegenrevolutionäre Ziel des amerikanischen Eingreifens in Korea wird damit aufs neue klar. Die erste Etappe war, unter dem Vorwand der Abwehr eines Friedensbruches, die Säuberung Koreas selbst von den Kommunisten; jetzt soll, da sich daraus nicht «von selbst», nach MacArthurs Idee, der Krieg gegen China entwickelte, diese Ausweitung der Operation durch förmlichen Staatsbeschluß, mit oder ohne Bundesgenossen, herbeigeführt werden. Und Herr Acheson übernimmt seinerseits eine weitere Hauptthese MacArthurs: daß nämlich Formosa einen unveräußerlichen Bestandteil des Militärsystems der Vereinigten Staaten im Pazifikraum bilde und nie in die Hände der Chinesischen Volksrepublik fallen dürfe, eine These, die Acheson noch vor anderthalb Jahren – in einer jetzt auszugsweise veröffentlichten Propagandaanweisung vom 23. Dezember 1949 – ebenso entschieden zurückgewiesen hatte wie die Zumutung, Amerika solle neuerdings zugunsten von Tschiang Kai-Shek mit Geld und Waffen eingreifen. Jetzt ist die amerikanische Regierung nicht nur entschlossen, Formosa dauernd von China abzutrennen und ihrem eigenen Imperium einzuverleiben; sie betreibt auch die Hilfeleistung an das «nationale», also das gegenrevolutionäre, China Tschiangs neuerdings mit größter Tatkraft und Zelstrebigkeit. Was sie sich dabei vorstellt, ist dunkel. Oder glaubt sie wirklich, China auf die Knie zwingen zu können? Die Japaner haben es in zehn Jahren eines blutigen Krieges *nicht* fertiggebracht, trotz einer Millionenarmee, die sie in China stehen hatten, trotz ihrer hundertprozentigen See- und Luftherrschaft und trotz der Zerreißung Chinas in zwei feindliche Lager, bei fast völliger Abgeschnittenheit des kommunistischen China von jeder ausländischen Hilfe. Heute ist China unter einem revolutionären Regime geeinigt. Es ist mit der Sowjetunion verbündet und kann von dort her über eine Landgrenze von Tausenden von Kilometern ständig mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Waffen und an-

derem Kriegsmaterial versorgt werden. Wie unter diesen Umständen Amerika die Chinesische Volksrepublik und ihr 500-Millionen-Volk soll niederwerfen können, gar noch mit einem «begrenzten», also nicht totalen Krieg, das ist das Geheimnis MacArthurs und der amerikanischen Staats- und Armeeführung.

Wenn es den Vereinigten Staaten *wirklich* um eine Beendigung des Koreakrieges zu tun ist, der nun bereits ein volles Jahr dauert, dann dürfen sie nur Chinas elementarste Lebensinteressen anerkennen, ihre Hand von Formosa zurückziehen und der Pekinger Regierung Einsitz in den Sicherheitsrat gewähren. Ein für beide Teile annehmbarer Friedensschluß wird dann keine ernsten Schwierigkeiten machen[2]. Aber eben – diesen Weg der Vernunft und des Rechtes will Amerika um keinen Preis gehen. Das ist in seinen Augen «Appeasement», unehrenhafte Erkaufung eines falschen Friedens von einem unter allen Umständen zum Krieg entschlossenen Feind. Dabei liegen ja heute die Dinge völlig anders als zur Zeit Hitlers, dessen Wohlverhalten die Engländer und Franzosen erkauften, indem sie ihm gaben, was ihm nicht gehörte (so wenig wie ihnen selber), während die Chinesen nur verlangen, was ihnen von Rechts wegen gehört. Aber darüber sieht man in Amerika souverän hinweg. Man verlangt von China praktisch einfach die *bedingungslose Kapitulation* – und bildet sich ein, sie auch wirklich durchsetzen zu können. Der vollendete Irrsinn! Noch schreckt die Regierung Truman vor dem äußersten Schritt zurück. Aber viel fehlt nicht mehr, und sie ist auf der abschüssigen Bahn, auf die sie geraten ist, vollends ganz unten angelangt – unten im Abgrund des offenen Krieges mit China, dem derjenige mit Rußland nur zu leicht folgen kann[3].

---

[2] Was das koreanische Volk gelitten hat und weiter leiden muß, schreit ja zum Himmel. Ein kalifornischer Leser des Londoner «New Statesman» schreibt (16. Juni): «Die ‚Los Angeles Times' berichtet: ‚In Korea sind seit Kriegsbeginn schätzungsweise etwa zwei Millionen Zivilisten, meistens Kinder, getötet worden oder infolge Obdachlosigkeit gestorben. Mehr als zehn Millionen sind ohne Wohnung und leben im Elend.' Dong Sung Kim, der Sondergesandte der Republik Korea, berichtete hier am 1. Juni: ‚In einer einzigen Nacht wurden 156 Dörfer niedergebrannt. Sie lagen in der Richtung eines feindlichen Vormarsches. So mußten natürlich die Flugzeuge der Vereinten Nationen sie zerstören. Und all die alten Leute und Kinder, die sich noch in ihnen befanden, weil sie den Räumungsbefehlen nicht nachkommen konnten, wurden getötet.'»

[3] Ob in diesem Fall die amerikanische Regierung ihre Behauptung, es sei die Politik der Sowjetunion, die zum Kriege treibe, auch nur zum Schein wird aufrechterhalten können, bleibt abzuwarten. Außenminister Acheson hat jedenfalls in seiner Einvernahme vom 5. Juni vor der Senatskommission festgestellt: «Die Zugeständnisse von Jalta (als Preis für Rußlands Eingreifen in den Krieg mit Japan) ... sollten der Sowjetunion die Grundlage für einen Rechtsanspruch liefern, und sie sind tatsächlich auch weit geringer gewesen als das, was die Sowjetunion hätte ohne Rechtsanspruch nehmen können. Kaum jemand wäre damals bereit und imstande gewesen, die Russen aus dem chinesischen Kontinent oder aus irgendeinem Gebiete zu vertreiben, dessen Besetzung sie für angezeigt gehalten hätten.» Also genau wie in Europa: Zu einer Zeit, da die Sowjetunion hätte erobern können, was sie nur gewollt hätte, wenn sie wirklich von imperialistischem Geist erfüllt gewesen wäre, hat sie bewußt auf solche Expansion

Hintergründe und Folgen Der *Widerstand*, der aus dem amerikanischen Volke heraus gegen dieses Abgleiten in die Katastrophe geleistet wird, ist weiterhin viel zu schwach, als daß er sich gegen die gewaltigen Kräfte, die die USA-Politik in ihre jetzige Richtung getrieben haben, irgendwie wirksam durchzusetzen vermöchte. Das gilt auch von einer neuen Quäkerschrift «Schritte zum Frieden», auf die uns eine große Freundin unserer Sache, die in Amerika lebt und arbeitet, aufmerksam macht. «Was ich dagegen einzuwenden habe», so bemerkt sie, «ist, daß sie (die Quäker) nicht mehr wie Jeremia, Jesaja, Amos reden, sondern immer noch im milden Quäkerton, obgleich sie wissen, daß es dieser hervorragenden Arbeit ebenso gehen wird wie ihrer ersten Abhandlung, die weites Interesse fand (und auch in den «Neuen Wegen» ausführlich gewürdigt wurde. H. K.), aber von den Stellen, auf die sie wirken sollte, höflich als idealistischer Nonsense abgetan wurde. Nach meiner Überzeugung wäre es für Gottes und der Menschen Sache besser, daß sie unhöfliche, ja drohende Reaktion erführe! Weh euch, wenn jedermann Gutes über euch sagt! Und: ‚Ihr sollt gehaßt werden um meines Namens willen.' Auch jetzt wird es heißen: die Quäker sind harmlos. Laßt sie nur ihren Unsinn reden.»

Ähnliches gilt von der ganzen «liberalen» Opposition in den Vereinigten Staaten: hier reden meistens gutartige, oft erstaunlich klarsehende, auf jeden Fall redliche und verantwortungsbewußte Menschen – aber es fehlt ihnen der Ernst des Willens zum *ganzen* Einsatz ihrer Person, ihrer Stellung, ihres «guten Namens». Und mit solcher Halbherzigkeit ist nun einfach gegen die ungeheuren totalitären Propagandamaschinen, die das moderne Amerika aufgebaut hat, nicht entfernt aufzukommen. Zumal hinter diesen Propagandamaschinen die mächtigsten Geldinteressen der Welt stehen. Erst vor kurzem sind die vollständigen Übersichten über die Jahreserträgnisse von rund 3300 führenden Kapitalgesellschaften Amerikas für 1950 erschienen. Danach sind die Reingewinne dieser Korporationen gegenüber dem Vorjahr (das bereits Spitzenerträgnisse aufgewiesen hatte) neuerdings um volle 30 Prozent gestiegen. Eine Reihe von Wirtschaftszweigen wie Gummiproduktion, Buntmetallindustrie, Verkehrsbetriebe, Metallbergwerke, Gerberei, Flugzeugfabrikation hatte sogar Gewinne, die bis zu 103 Prozent über denjenigen von 1949 lagen, und nur acht von den siebzig untersuchten Gruppen wiesen einen Rückgang der Profite gegenüber dem Vorjahr auf. (Vgl. «The Nation», 28. April 1951.) Da begreift man allerdings

---

verzichtet und sich an die interalliierten Abmachungen gehalten. Warum sie heute, wo sie keinen Quadratmeter Boden erobern könnte, ohne einen militärisch und wirtschaftlich überlegenen und täglich stärker werdenden Gegner zum Krieg herauszufordern, in völliger Umkehrung ihrer früherer Haltung aggressiv und eroberungslustig geworden sein soll, das ist ein Rätsel, das uns bisher noch niemand zu erklären imstande gewesen ist.

verschiedenes! Unter anderem auch die zynische Verachtung, die die Sache der *Freiheit* (wenn schon nicht das *Wort* Freiheit; das steht als Propagandamittel Nr. 1 höher in Ehren als je!) mehr und mehr in den Vereinigten Staaten erfährt. Eine Untersuchung, die sich auf 72 größere Colleges (ein Mittelding zwischen Gymnasium und Hochschule) in ganz Nordamerika erstreckte, hat ihren Leiter Kalman Seigel, wie er in der «New York Times» mitteilt, zu der Überzeugung geführt, daß «eine heimtückische, schleichende Lähmung der Freiheit des Denkens und der Rede» eine Gleichgültigkeit gegenüber den Zeitfragen erzeugt habe, die «fast an deren vollständigen Ausschluß» grenze. Direkte Verbote mußten zwar nur selten ausgesprochen werden; die bloße Einschüchterung und Entmutigung genügte fast immer, die jungen Leute (die sogenannte geistige Elite des Landes) von der Annahme oder gar Äußerung von Gedanken abzuschrecken, die ihrem Weiterkommen, ihrem gesellschaftlichen Ansehen, ihrem bürgerlichen Ruf verhängnisvoll werden müßten.

Und Hand in Hand mit dieser Entwöhnung vom freien Denken und Reden geht dann natürlich – das ist ja der Zweck der Übung – eine Zusammenballung der Staatsmacht bei der politischen und noch mehr der *militärischen Bürokratie*, wie sie Amerika bis vor wenigen Jahren kaum im Traume geahnt hatte. Die protestantische Wochenschrift «The Christian Century» stellte schon vor ein paar Monaten (7. März 1951) fest:

«Das Pentagon (also der Sitz der amerikanischen Militärverwaltung mit seinen über 30 000 Beamten und Angestellten. H. K.) ist beinahe ein Gesetz für sich selber geworden. Jede neue Krise in unseren internationalen Angelegenheiten erweitert seine Freiheit von der Zivilverwaltung. In dieser Session verlangt es astronomische Summen vom Kongreß, ohne mehr als die nebelhaftesten Andeutungen darüber zu machen, wie es das Geld zu verwenden gedenke ... Die allgemeine Tendenz zur Machtzusammenballung wird geradlinig weitergehen. Sie wird weitergehen, so glauben wir, weil über einen militarisierten Staat keine echte demokratische Kontrolle ausgeübt werden kann ... Solange diese Tendenz nicht umschlägt, wird die Bundesversammlung weiter an Macht verlieren, werden das Weiße Haus und das Pentagon aber weiter an Macht gewinnen. Und Macht, die man einmal verloren hat, wird nie ohne einen furchtbaren Kampf zurückzugewinnen sein, auch wenn die Spannungen, die unsere Militarisierung beschleunigen, sich mildern oder verschwinden sollten.»

„Zuerst Europa!" Hinter dem *hier* aufgebrochenen Gegensatz – demjenigen zwischen einer nach Allmacht strebenden Staatsgewalt und der verfassungsmäßigen Oberaufsicht der Volksvertretung – tritt der Konflikt zwischen den beiden Richtungen *innerhalb* des beiden gemeinsamen außenpolitischen Regimes an Bedeutung weit zurück. Es ist immerhin ein großes Glück, daß bisher die «asiatische Schule» die Niederlage, die sie mit der Entlassung MacArthurs erlitten hat, nicht hat entscheidend wiedergutmachen können. In den Augen der amerikanischen Regierung bleibt *Europa* die Hauptfront, an der der Weltkommunismus aufgehalten und geschlagen werden muß. Was freilich nur heißt, daß die Entscheidung, die die Partei MacArthurs *heute* erzwingen will, erst *morgen* gesucht werden könne –

genauer: von Ende 1952 an, da erst zu diesem Zeitpunkt Amerika und seine Verbündeten militärisch voll bereit sein würden. Darauf beschränkt sich tatsächlich der Gegensatz, der zwischen der Partei MacArthurs und der Regierung Truman-Acheson-Marshall besteht: die Regierung will sich China gegenüber nicht zu weit vorwagen, weil sie die Sowjetunion noch nicht endgültig herausfordern möchte (Wehrmachtsminister Marshall gab das in seiner Einvernahme den Senatoren George und Saltonstall gegenüber ohne Umschweife zu); sie will hingegen die gegenwärtige Periode eines auf Ostasien begrenzten Krieges mit dem Kommunismus dazu benützen, die militärische Schlagkraft des Westblocks so weit auszubauen, daß der unbegrenzte Krieg mit der Sowjetunion und den anderen kommunistischen Ländern im gegebenen Augenblick ohne Gefahr eines Mißerfolges aufgenommen werden kann, sei es von Korea und Formosa aus, sei es in Vorderasien oder in Europa selbst. Und daß es Amerika ernst ist, das Schwert, das es jetzt schmiedet, mit seinem ganzen Gewicht in die Waagschale zu werfen, daran darf man nicht zweifeln. Wie im «Journal de Genève» (13. 3. 1951) Jacques Chastenet nach seiner Rückkehr von einer Amerikareise schrieb: «Der Amerikaner, der solche Opfer auf sich genommen hat, um seiner und der Welt Sicherheit willen, will das nicht umsonst getan haben. Im Bewußtsein der Gerechtigkeit seiner Sache wird er vielleicht nicht zögern, dem möglichen Feind ein Ultimatum zu stellen und ihn aufzufordern, sich hinter seine Grenzen von 1939 zurückzuziehen – oder aber dann vom Leder zu ziehen.»

Um diese Entwicklung der Dinge aufzuhalten, schlugen ja die Russen zu Beginn dieses Jahres eine Viermächtekonferenz vor, die vor allem die dauernde Entwaffnung Deutschlands zu beschließen hätte, überzeugt wie sie sind, daß ohne die Beteiligung Westdeutschlands die Mächte des Atlantikblocks keinen Krieg gegen den Ostblock führen könnten. Das Wiederaufleben der nationalistischen Tendenzen jeglicher Art in Westdeutschland ebenso wie die planmäßige Wiederherstellung des Kapitalismus in der Bonner Republik konnte sie in ihrer Furcht vor einem revanchesuchenden Deutschland nur bestärken. «Moskau hat darum», so meint A. Serrières im «Esprit» (Mai 1951), «wahrscheinlich nicht unrecht, wenn es die Verbindung der industriellen, faschistischen, militaristischen und revisionistischen Kräfte für explosiv und *schicksalhaft* zum Kriege führend erachtet. Es hat wahrscheinlich auch nicht unrecht, wenn es in den amerikanischen Sympathien für das ‚freie Unternehmertum' die Hauptursache des seit drei Jahren langsam aber sicher vor sich gehenden Wiederaufstiegs der seinerzeitigen Wegbereiter des Nazismus sieht.»

Inzwischen ist freilich die Aufrüstung Westdeutschlands auf die lange Bank geschoben worden, so daß die Russen – wir haben das bereits in unserer letzten Übersicht dargelegt – keinen großen Eifer mehr für die Verwirklichung ihres Konferenzplanes zeigen und die Pariser Vorkonferenz

zu einer anwidernden Trölerei und Rechthaberei von beiden Seiten ausartete. Denn der jetzt in den Vordergrund gerückte Streit darum, ob der Atlantikpakt und die amerikanischen Militärstützpunkte um die Sowjetunion herum *auch* an der Außenministerkonferenz verhandelt werden sollten, ist ja wirklich nur ein wie abgekartet aussehendes Geduldspiel zu vieren, da nichts und niemand die Sowjetunion verhindern könnte, die erwähnten beiden Fragen vor jene Konferenz zu bringen, falls sie es für angezeigt hielte[4]. In Wahrhet kommt es wohl beiden Teilen darauf an, durch immer neue Scheinmanöver Zeit zu gewinnen und den Gegner vor der Weltöffentlichkeit ins Unrecht zu setzen, wobei die Russen anscheinend darauf vertrauen, daß Westdeutschland in absehbarer Frist ja doch keine Armee bekommen werde, während die Westmächte innert der nächsten anderthalb Jahre mit ihrer großen Aufrüstung soweit fertig zu werden hoffen, daß sie dann einen westdeutschen Beitrag gar nicht mehr nötig hätten. Dabei wird weiterhin dem *Mittelmeerraum* ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Um die gewiß unverdächtige «Neue Zürcher Zeitung» anzuführen (Nr. 1092):

«Am Mittelmeer und in den benachbarten Gebieten wird mit großer Eile ein enges Netz von Luftstützpunkten errichtet, vorwiegend mit amerikanischen Geldern und von amerikanischen Spezialisten. Diese Flugplätze bilden einen Teil des weltumspannenden Ringes von mächtigen Basen, von denen aus schwere oder sogar mittlere Bomber die lebenswichtigen Zentren jedes möglichen Angreifers zerstören könnten und der sich bald von Island über England, Marokko, Cypern bis nach Dhahran in Saudi-Arabien hinziehen wird. Nach zuverlässigen Angaben wird nun auch in der Nähe der türkischen Stadt Adana — die, beiläufig gesagt, annähernd auf dem gleichen Längengrad liegt wie Moskau — der Bau eines neuen Stützpunktes für die amerikanische Luftwaffe und ihre schwersten Bomber mit Energie vorwärtsgetrieben. Diesen vom Wasser geschützten Basen sind die Flugplätze vorgelagert, die sich auf die demokratischen Staaten Kontinentaleuropas von Norwegen bis an die Meerengen verteilen.»

Dazu kommt dann selbstverständlich der Ausbau des amerikanischen Militärsystems im engeren Sinn, die enorme Vermehrung der Flugzeuggeschwader, Kriegsschiffe, Landwaffen und Mannschaftsbestände, die den Inhalt des laufenden Rüstungsprogramms der Vereinigten Staaten bildet und an der auch ihre Bundesgenossen und Satelliten in steigendem Maße teilhaben.

---

[4] Nun ist ja die Pariser Konferenz in aller Form aufgelöst worden. Und das ist gut so. Wer die größere Schuld an diesem Mißerfolg trägt, wird schwer zu entscheiden sein. Wäre der Sowjetunion an der Einberufung einer Außenministerkonferenz noch wirklich etwas gelegen gewesen, dann hätte sie sich nicht auf die ausdrückliche Erwähnung des Atlantikpaktes und der amerikanischen Militärstützpunkte als Traktanden der Konferenz versteift. Aber ebenso hätten es die Westmächte in der Hand gehabt, das Scheitern der Pariser Verhandlungen zu verhindern, wenn sie sich nicht gleich stur der Erörterung dieser beiden Punkte widersetzt hätten, zumal kaum zu bestreiten ist, daß Atlantikpakt und Stützpunktpolitik zu der Entwicklung der gegenwärtigen internationalen Spannung wesentlich beigetragen haben. Aber offenbar sind eben beide Teile zu der Überzeugung gelangt, daß man mit dem «anderen» einfach nicht mehr reden könne. Was für einen Sinn unter diesen Umständen es noch hat, für den Abschluß eines Friedensvertrages der fünf Großmächte Propaganda zu machen, wie es die «Bewegung für den Frieden» tut, ist mir nicht verständlich. (23. Juni.)

Wie die Freiheit verteidigt wird Die notwendige Ergänzung zu all diesen militärischen Maßnahmen stellt die *politische* und *wirtschaftliche* Eingliederung der antikommunistischen Staaten in das amerikanische Weltsystem dar. Hier stehen wiederum der Mittelmeerraum und der nähere Orient zurzeit im Vordergrund. *Griechenland* und die *Türkei* werden in Bälde ihr Begehren auf förmliche Aufnahme in die Atlantikpaktorganisation erfüllt sehen, auch wenn da und dort, namentlich in Skandinavien und den Beneluxländern, offene Verwunderung darüber besteht, was diese beiden Halbdespotien in einer Gemeinschaft «freier» Völker zu tun haben. Amerika wird sich um solche Spitzfindigkeiten auch in diesem Falle nicht viel kümmern, so wenig wie im Falle *Franco-Spaniens*, das tatsächlich ein wohlgesichertes Glied des gegenrevolutionären Weltbundes ist, auch wenn die offiziellen Formen noch nicht erfüllt sind. Ob die amerikanische Protektion auch ausreichen wird, um die revolutionäre Gärung in Spanien selbst zu ersticken, bleibt abzuwarten; für die nächste Zeit scheint die Herrschaft von Feudalismus und Kapitalismus, Kirche und Militär unter Francos Führung jedenfalls nicht ernstlich bedroht zu sein.

Ähnliches ist von *Italien* zu sagen. Die Gemeinde- und Provinzialwahlen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, brachten zwar in Hunderten von Fällen den «Sturz der roten Herrschaft», aber doch nur dank dem Zusammenschluß der konservativen Parteien zu einem einheitlichen Wahlblock, nicht dank einer Schwächung der Kommunisten und Linkssozialisten, die vielmehr im ganzen genommen seit den letzten Wahlen eher stärker geworden sind, während die Regierungsparteien, voran die Christlich-Demokraten, aber bezeichnender- und verdienterweise auch die sogenannten Sozialdemokraten, an Boden im Volke verloren haben. Nicht ohne Grund seufzt der römische Korrespondent der «NZZ» (Nr. 1201): «Wenn man bedenkt, daß diese Stabilität der linksextremistischen Wählerschaft in den blühendsten Gebieten Italiens möglich ist – trotz den von Amerika zum Wiederaufbau beigesteuerten Milliarden, trotz den dringenden Aufforderungen der Bischöfe, katholisch zu stimmen, trotz dem Abfall von Chucchi, Magnani und Matteotti junior –, so drängen sich pessimistische Schlüsse auf.» Der Fortschritt der neufaschistischen Bewegung, der auch bei diesen Wahlen zu bemerken war, tut ein übriges, um einem nicht absichtlich verblendeten Auge klar zu machen, was für ein Regime schließlich der Nutznießer einer Politik sein wird, die im Namen der Freiheit die ärgste soziale Knechtung und Entwürdigung des Menschen konserviert, ja neu schafft. Ohne *vorherige* Überwindung der kapitalistischen und feudalen Unterdrückung bleibt alle Bekämpfung des Kommunismus im Namen der Freiheit und des Menschenrechts nur elende Phrase, dazu dienend, einen gegenrevolutionären Kreuzzug militärischer Art zu nähren, der vielleicht den Kommunismus (und Sozialismus!) zeitweise ausrotten, sicher aber zugleich aller

wirklichen abendländischen Kultur ein fürchterliches Ende bereiten würde[5].

Schon die gegenwärtigen *Vorbereitungen* auf die «große Abrechnung mit Moskau» beginnen ja verheerend auf Sittlichkeit, Freiheit und Wohlstand der Völker zu wirken. Nicht umsonst sagt sogar der «New Statesman», der die militärischen Rüstungen *Großbritanniens* gegen die Sowjetunion grundsätzlich gutheißt, es komme jetzt alles darauf an, daß bis zum Labour-Parteitag im Oktober die Gegner des jetzigen Tempos der Aufrüstung realistische Vorschläge für ein Nebeneinander von Wohlfahrtsstaat und Militärapparat vorlegen könnten: «Sie müssen es klar machen, daß der Parteitag zu wählen haben wird zwischen dem gegenwärtigen Aufrüstungstempo und dem Weiterleben der sozialen Demokratie selbst.» (2. 6. 1951.) Was müßte man erst sagen, wenn es zur Auslösung des Krieges selbst als Folge des Rüstungswahnsinns käme?

Für *Frankreich* ist es jedenfalls klar, daß die Fortsetzung seiner Rüstungs- und Kolonialkriegspolitik, mit der ihr entsprechenden reaktionären Innenpolitik, all das, was in der Vierten Republik noch an bürgerlicher Freiheit und sozialer Wohlfahrt vorhanden ist, aufs schwerste gefährdet. Der «Sieg», den die Regierungsparteien soeben bei den Wahlen zur Nationalversammlung davongetragen haben, täuscht nicht einmal sie selbst über diese Tatsache hinweg. Denn es ist ja nur das neue Wahlsystem, das sie ausdividiert haben, dem sie es verdanken, daß die Gaullistenpartei zur Rechten und die Kommunistische Partei zur Linken künstlich auf eine Abgeordnetenzahl herabgedrückt wurden, die ihrer Anhängerschaft im Volke bei weitem nicht entspricht[6]. Insbesondere bleibt, wie in Italien, die Kraft der kommunistischen Opposition, hinter der ein guter Viertel der französischen Wählerschaft steht, ziemlich unerschüttert, allen Fehlern zum Trotz, die die Kommunisten andauernd begehen. Nur eine scharfe Wendung zu einem aufbauenden freiheitlichen Sozialismus hin vermöchte Frankreich aus seiner gegenwärtigen

---

[5] Es sei in diesem Zusammenhang festgestellt, daß die Redaktion der Monatsschrift «Dinge der Zeit», aus der wir im Maiheft der «Neuen Wege» zitiert haben, was ein Oskar Fischer über die Notwendigkeit eines Freiheitskrieges gegen die Sowjetunion geschrieben hat, die Auffassung ihres Mitarbeiters ablehnt. Warum dann aber erst solches Gift verbreiten, um es dann, soweit es überhaupt noch möglich ist, wieder zu bekämpfen?

[6] Im Departement Ain zum Beispiel, das an den Kanton Genf grenzt, haben die katholischen Volksrepublikaner mit 16 400 Stimmen einen Abgeordneten bekommen, die Unabhängigen der Rechten mit 14 800 ebenfalls einen, die Radikalen mit 24 800 zwei Abgeordnete, die Kommunisten mit über 35 000 Stimmen aber keinen. In Hochsavoyen haben die Kommunisten mit ihren 29 300 Stimmen ebenfalls kein Mandat erhalten, während die Sozialisten mit nur 14 400 Stimmen einen Sitz «erobert» haben. Zu den krassesten Fällen gehört aber zweifellos derjenige des Departements Hérault, wo die Sozialisten sich mit 38 000 Wählern drei Sitze sichern konnten, während die Kommunisten mit 70 000 Wählern leer ausgingen.

Krise herauszuführen. In Wirklichkeit wird, als Folge der Schwäche der bisherigen Regierungskoalition, das Schwergewicht der Staatsmacht noch weiter nach rechts verlegt werden als bisher. Und damit will man das Land vor dem Kommunismus retten!

Blick nach Asien Inzwischen fügen sich immer weitere Staaten der westmächtlich-antisowjetischen «Freiheitsfront» ein. Von *Jugoslawien* ist kaum mehr zu reden; es hat sich – durch große Mitschuld der Sowjetunion selbst, wie man weiß – wirtschaftlich und militärisch gänzlich von den Vereinigten Staaten abhängig gemacht. Hingegen soll wenigstens ein Wort über *Israel* gesagt werden, das jetzt als neuerstandenes Staatswesen gerade drei Jahre alt ist. Seine bisher von den Rechtssozialdemokraten Ben Gurions (der Mapai) beherrschte Regierung hat Wunder der Verteidigung und des wirtschaftlichen Aufbaus geleistet. Aber kein Land kann seine Bevölkerung in zwei Jahren fast verdoppeln und bei einer Volkszahl von 650 000 allmonatlich 20 000 bis 30 000 Neueinwanderer aufnehmen, ohne sich in die größten wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu stürzen. Die bürgerlich-kapitalistischen Kräfte innerhalb und außerhalb Israels nützen diese Lage nun wacker aus, drängen den Einfluß der Arbeiterschaft mehr und mehr zurück und verlangen energisch die Schaffung von Bedingungen, die den Zustrom fremden Kapitals und die Entfaltung der «Privatinitiative» zu sichern vermöchten. Kurz, auch hier «muß» Amerika einspringen; eine USA-Anleihe von einer Milliarde Dollar soll entscheidend zur Durchführung eines Dreijahresplanes beitragen, der einen großzügigen Ausbau der Wirtschaftskräfte des Landes vorsieht (Modernisierung und Erweiterung der Industrieanlagen, Entwicklung der Landwirtschaft, Wohnungsbau, Ent- und Bewässerungsanlagen, Schaffung industrieller Mittelstädte usw.). Die Folge wird sein, daß sich die Grundlage der Regierung ausgesprochen nach rechts hin verschiebt (was sich vermutlich bereits bei den Wahlen von Ende Juli zeigen wird) und Israel – auch mit Rücksicht auf seine militärische Verteidigung – inoffiziell der Weltkoalition gegen den Kommunismus beitritt. «Die klassenlose, sozialistische, von Bauern und Arbeitern getragene Gesellschaft, von der Arbeiteridealisten, auch Ben Gurion, vor etlichen vierzig Jahren träumten, scheint nicht mehr möglich zu sein.» (A. Rosenfeld, «The Nation», 28. 4. 1951.)

In *Persien* scheint die Entwicklung in der entgegengesetzten Richtung zu verlaufen: weg von der Bevormundung durch die Westmächte. Aber wir sagen: Vorsicht! Der wilde Nationalismus einer Gruppe mohammedanischer Fanatiker, die jetzt die Regierung und das sogenannte Parlament regelrecht terrorisieren, hat zwar die förmliche Verstaatlichung der Erdölproduktion durchgezwängt, aber wenn sich Persien nicht selber seiner zuverlässigsten und ergiebigsten Geldquelle berauben will, dann

muß es mit der Anglo-Iranischen Petrolgesellschaft (deren Aktien mehrheitlich der britischen Regierung gehören) zu einem Einvernehmen kommen, das die nur mit ausländischer Hilfe mögliche Aufrechterhaltung der Produktions- und Absatzorganisation für das iranische Erdöl sicherstellt. Und das heißt, daß die beiden angelsächsischen Mächte – denn Amerika hat sich mehr oder weniger geschickt als gewinnender Dritter in den britisch-persischen Streit eingeschaltet – nach wie vor die wirklichen Herren des Landes sind, gestützt auf eine feudal-kapitalistische Oberschicht, deren moralische Verkommenheit nur von ihrer politischen und sozialen Schädlichkeit übertroffen wird. Aber was macht das? Hauptsache ist, daß die Sowjetunion ausgeschaltet bleibt und die soziale Gärung im Bauern- und Arbeitervolk nicht irgendwie radikale Formen annimmt. Die Ablenkung der hier wirksamen Kräfte auf «nationale» Ziele hin scheint mindestens in der Ölfrage für einmal gelungen zu sein[7].

Auch in *Indien* erhebt ein reaktionärer Nationalismus, verkörpert von der Mahasaba und von der halbfaschistischen, militärisch organisierten RSSS, immer kühner sein Haupt. Aber die Energie der Regierung, in deren Schoß Nehru ständig an Einfluß verliert, richtet sich in erster Linie gegen die soziale Revolution, wobei ihr sehr zustatten kommt, daß die Sozialistische Partei innerlich zerrissen ist, daß eine sich bildende linksbürgerliche Opposition («Kongreß-Volkspartei») noch wenig Anhang hat und die Tätigkeit der Kommunisten im wesentlichen auf die Grenzgebiete der Provinzen Madras und Haiderabad beschränkt ist. Wie lange die Notwendigkeit einer gründlichen Wirtschafts- und Sozialreform noch ignoriert werden kann, wird man ja mit der Zeit sehen. Die neuen außerordentlichen Vollmachten, die sich die Regierung hat geben lassen und mit deren Hilfe sie die Presse weitgehend in ihre Hand bekommen hat, auch Verhaftung und Gefangenhaltung politischer Gegner ohne Anklage oder Urteil nach Belieben verfügen kann – auch diese geradezu diktatorischen Vollmachten werden dem *wirklichen* Problem gegenüber, mit dem es Indien zu tun hat, auf die Länge völlig versagen. Vor kurzem erst wurde dem Parlament das Ergebnis einer Untersuchung des indischen Volkseinkommens im Budgetjahr 1948/49 vorgelegt, wonach der Inder im Durchschnitt ganze 255 Rupien (etwa 215 Schweizerfranken) im Jahr einnimmt. Hunger, Obdachlosigkeit und Krankheit sind auf diesem Lebensniveau chronisch – aber wo ist der Wille, diesem Frevel ein Ende zu machen? Wenn dann der Kommunismus auch nach

---

[7] Bin ich zu optimistisch gewesen? So wie es augenblicklich aussieht, scheint die persische Regierung zum offenen Bruch mit England zu treiben. Ob auch mit Amerika, ist noch nicht deutlich. Für die Sowjetunion eröffnen sich damit «interessante» Aussichten. Wenn sich Großbritannien zum militärischen Eingreifen in Südpersien entschließen sollte, hätte die Sowjetunion jedenfalls das vertragliche Recht, auch in Nordpersion Truppen einmarschieren zu lassen. Und was daraus entstehen könnte, ist überhaupt nicht abzusehen. Auf dem ganzen Ölkapitalismus der Westmächte liegt einfach ein Fluch! (23. Juni.)

Indien einbricht, dann wird natürlich das Wehegeschrei in der ganzen «Kulturwelt» groß sein und wie gegen Rußland und die osteuropäischen Volksrepubliken, gegen China, Nordkorea und Viet Nam, so auch gegen Indien die Entrüstung und die Militärmacht des «demokratischen» Abendlandes mobilisiert werden, damit ja nicht an den Grundfesten der herrschenden Ordnung allzu roh gerüttelt werde. Nur bilde sich niemand ein, daß diese «Ordnung» noch echte Lebenskraft in sich trage! Solange es Menschen, Klassen und ganze Völker gibt, denen es materiell gut geht, die genug, ja zuviel zu essen, zu trinken, anzuziehen und zu bewohnen haben, und daneben gleichzeitig Menschen, Klassen und ganze Völker, die in Mangel und Elend verkommen und verderben, solange ist das Gesetz der Solidarität – von Brüderlichkeit nicht zu reden – in einer derart frech-herausfordernden Weise verletzt, daß all diejenigen, die nur zum Schein soziale Gerechtigkeit fordern, in Tat und Wahrheit aber sich im Namen der Freiheit auf die Seite der gegenrevolutionären Weltmächte stellen, das Gericht auf unsere alte, verderbte Gesellschaft herabzwingen. Hören wir doch die Mahnung Stringfellow Barr's, des amerikanischen Gelehrten, dessen Schrift «Wir wollen zum Menschengeschlecht stoßen» ich schon vor einem Monat hier anführte:

«Wir können ja weitermachen wie bisher: aufrüsten, Steuern zahlen und schreien, daß die Gottlosen vor unseren Toren stehen. In diesem Fall glaube ich, die ganze Menschheit wird schwer bestraft werden, die Unschuldigen mit den Schuldigen. Ein Teil unserer Strafe wird sein, daß wir für unsere Weigerung, die Einheit der Welt und unsere Schicksalsgemeinschaft zu sehen, jeder in seinem besondern Volk leiden werden ... Vielleicht ist ein dritter Weltkrieg nötig, um uns zu belehren. Wenn es dann vorbei ist, können wir ja immer noch aufstehen und handeln. Die Werkzeuge, mit denen wir arbeiten müßten, werden wohl bis dahin fast alle zerstört und die Arbeit dannzumal viel härter sein. Aber wir haben eine Chance, daß wir dann auch gescheiter sein werden. Und Gescheitheit, mit einfachen Werkzeugen in der Hand, hat vielleicht doch Erfolg, wo der Wahnsinn des Reichtums versagt hat.»

19. Juni. *Hugo Kramer.*

Was wir zu tun haben, das ist nach meinem Denken zunächst nicht die einfache Zerstörung der Technik, die ja auch schwer auszudenken wäre, sondern eine Abwendung vom Götzendienst der Technik, ein Abkommen von der Neigung, von ihr das Heil zu erwarten, und eine Hinwendung zu andern Mächten und andern Quellen des Lebens und des Reichtums; eine Abwendung von den Götzen und eine Hinwendung zu Gott auf allen Gebieten des Lebens; eine Abwendung von den bloßen Sachen und eine Hinwendung zur Seele überall . . .

Leonhard Ragaz, aus «Die Atombombe», «Neue Wege» 1945.